

Statement Frank Hippler, Vorstandsvorsitzender der IKK classic zur Prognose Schätzerkreis und durchschnittlichen Zusatzbeitrag 2026

Dresden, 16. Oktober 2025. Die Bundesregierung feiert Beitragsstabilität, die keine ist. Der durchschnittliche, von der Bundesregierung jeweils im Herbst für das Folgejahr festzusetzende Zusatzbeitrag der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird um 0,4 Beitragssatzpunkte auf 2,9 Prozent erhöht. Dass er 2026 nicht noch höher ausfällt, wurde mit einem hastig geschnürten Sparpaket erkaufte. So wurden zwei Milliarden Euro zusammengekratzt - kleinteilig und im Grundansatz mehr durch Umverteilung als durch echte Einsparungen. Das ist keine Konsolidierung, sondern nicht mehr als Kosmetik.

Genau genommen entspricht der neue durchschnittliche Zusatzbeitrag 2026 schon jetzt nicht mehr dem tatsächlichen, der aktuell bereits auf 2,94 Prozent gestiegen ist. Das zeigt, wie groß die Finanzierungslücke wirklich ist. Und wie wenig das Sparpaket tatsächlich bewegt.

Die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bleibt auch 2026 angespannt. Die Leistungsausgaben werden in diesem Jahr um acht Prozent steigen. Ansätze, die im kommenden Jahr Effizienzreserven in der Gesundheitsversorgung erschließen könnten, gibt es bisher nicht. Die Ausgaben werden mit großer Wahrscheinlichkeit ungebremst weiter steigen – vor allem bei Arzneimitteln und in der stationären Versorgung.

Gar nicht eingepreist ist die Höhe der Mindestreserven der Krankenkassen. Viele Kassen – darunter auch solche, die sich bislang um Beitragsstabilität bemüht haben – liegen unter der gesetzlich vorgeschriebenen Reserve von 0,2 Monatsausgaben. Sie müssen zwingend ihre Rücklagen weiter auffüllen.

Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Sie ist Ausdruck des strukturellen Defizits im Gesundheitssystem, das sich nicht länger durch kurzfristige Maßnahmen oder einseitige Belastungen der Beitragszahlenden kaschieren lässt.

Und dennoch: Die vollständige Ausfinanzierung der GKV-Ausgaben für Bürgergeldempfangende war offenbar auch für 2026 keine Option für die Bundesregierung. Das allein wären zehn Milliarden Euro gewesen – genug, um das Defizit zu decken und um im kommenden Jahr in finanziell ruhigerem Fahrwasser dringend notwendige Strukturreformen anzustoßen.

Statt ihre Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen, wartet die Regierung weiter ab und setzt auf Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit im März 2026. Zeit, die wir eigentlich nicht mehr haben.

Die IKK classic ist mit rund drei Millionen Versicherten die führende handwerkliche Krankenversicherung und eine der großen Krankenkassen in Deutschland. Die Kasse hat rund 7.000 Beschäftigte an 159 Standorten im Bundesgebiet. Ihr Haushaltsvolumen beträgt über 15 Milliarden Euro.

www.ikk-classic.de/presse